

Paradise Watch

Von Entwicklungsfonds und namibischen Söhnen



AFRIKA
SÜD

Inhalt

03 Steueroase Namibia?

Eine Einführung von Daniel Duster

04 Die Geschäfte der Söhne

von Hannah Würbel und Daniel Duster

09 Entwicklungshilfe für Steuerparadiese

Kleine Anfragen an die Bundesregierung

10 Investmentfonds übernehmen Entwicklungspolitik

Der AATIF-Fonds als Entwicklungsfianzierung für die Agrarindustrie Sambias
von Roman Herre



Foto: motortion / dreamstime.com

Die geheimen Wege des schmutzigen Geldes

Die **Panama Papers** von 2016 und die ein Jahr später veröffentlichten **Paradise Papers** sind vertrauliche Unterlagen über Steuerhinterziehung und Geldwäsche, die über riesige Daten-Leaks aus Anwaltskanzleien an die Presse gelangt sind. Die Panama Papers umfassen 11,5 Millionen Dokumente in Form von E-Mails, PDFs und Fotodateien sowie 214.000 Briefkastenfirmen.

Weitere 13,4 Millionen Dokumente umfassen die Paradise Papers, deren Auswertung am 5. November 2017 gleichzeitig weltweit durch Journalisten des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) öffentlich gemacht wurde. Nicht wenige Prominente haben sie in Erklärungsnot gebracht, zeigen die Recherchen doch, wie von Milliardären, Staatschefs, Diktatoren und Sportstars weltweit mittels Geldwäsche und Verschleierung – unter anderem über die Gründung von Briefkastenfirmen und die Nutzung von Offshore-Steueroasen – Steuervermeidung und Steuerhinterziehung betrieben wurde und wird.

Paradise Watch ist eine auf vier Ausgaben angesetzte Dossier-Reihe von afrika süd über illegale Kapitaltransfers aus einigen Ländern des südlichen Afrika. Sie beleuchtet die Rolle der regionalen sowie europäischen Offshore-Zentren bei der Kapitalflucht aus Afrika und transnationaler Wirtschaftskriminalität.

Impressum

Paradise Watch 2/2019

afrika süd-Dossier zu den Panama und Paradise Papers

Bonn, April 2019

Redaktion: Lothar Berger (V.i.S.d.P.)

Herausgeber:

informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)

Königswinterer Str. 116, D-53227 Bonn

Tel.: 0228-464 369, E-Mail: info@issa-bonn.org

www.issa-bonn.org, www.afrika-sued.org

Titelbild: Kalvis Kalsers / Dreamstime.com

Gestaltung: Jan Philipp Huss, jp.huss mediadesign

Layout: Nikolai Link

Die Reihe «Paradise Watch» wird gefördert von der Rosa Luxemburg Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Bundesrepublik Deutschland.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht unbedingt den Standpunkt der Rosa Luxemburg Stiftung wieder.

Steueroase Namibia?



Die Aufregung war groß, als die EU im Dezember 2017 ihre »Schwarze Liste« der Steueroasen veröffentlichte. Nur einen Monat nach Veröffentlichung der Paradise Papers reagierte Brüssel auf den Skandal und stellte Staaten an den Pranger, gegen die es steuerrechtliche Bedenken gab oder die sich unkooperativ verhielten. Ganze 90 Staaten landeten schließlich auf der Liste, die abgesehen vom Stigma keinerlei Sanktionen beinhaltete. Überraschenderweise waren nicht nur die üblichen Verdächtigen dabei: Neben Inselstaaten wie den Marshallinseln, Seychellen, Komoren oder Bahamas fanden sich auch Industrienationen wie Südkorea am Pranger und sogar US-Territorien wie Amerikanisch-Samoa. Auffällig, wenn auch nicht ganz unerwartet, ist das Fehlen von Staaten und Territorien der EU wie der Niederlande, der britischen Jungferninseln, Malta, Luxemburg oder Irland. Im Laufe des folgenden Jahres schrumpfte die Liste dann rasch zusammen: Viele Staaten machten Zugeständnisse und versprachen Reformen und andere übten diplomatischen Druck aus, um von der diskreditierenden Liste zu verschwinden.

Oktober 2018 enthielt die Blacklist schließlich nur noch sechs Namen: Die fünf Inselstaaten Samoa, Amerikanisch-Samoa, Palau, Guam, Trinidad und Tobago sowie Namibia. Namibia? Nachdem selbst die Schweiz, die Bahamas und Panama von der Liste gestrichen wurden, sollte ausgerechnet das südwestafrikanische Flächenland unter den sechs hartnäckigsten Steuerschlupflöchern rangieren?

Für Namibias Finanzminister Calle Schlettwein ist das ganze ein Missverständnis, für das die EU die Verantwortung trägt. Er räumt ein, die EU habe eine Liste mit Fragen

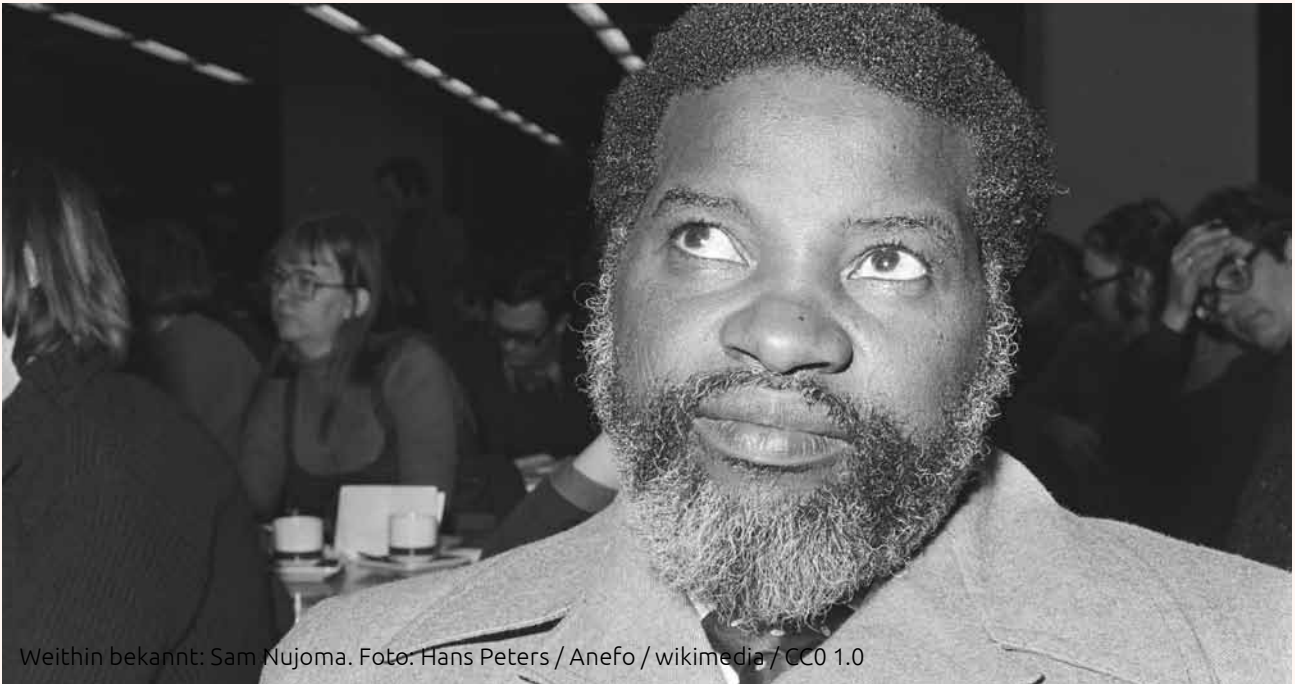
zur Steuergerechtigkeit geschickt und seine Behörde sei von einer längeren Frist ausgegangen. Jedoch sei dies der fehlerhaften Kommunikation vonseiten der EU geschuldet. Daraufhin sei das Land als »unkooperativ« eingestuft worden – zu Unrecht, wie Schlettwein beklagt. Doch er wolle auch nicht akzeptieren, einseitig und ohne Verhandlung ein Regelwerk der EU zu unterzeichnen: »Hier sitzen nicht zwei Verhandlungspartner an einem Tisch. Sondern es werden einseitig Forderungen an uns gestellt.« Namibia sei keine Steueroase, stellt er klar, sondern vielmehr Opfer von Steuerhinterziehung und Steuerpraktiken anderer Länder.

Nachdem Namibia der EU schließlich Zusammenarbeit im Bereich Datenaustausch und Steuern zugesagt hatte, wurde das Land im November 2018 schlussendlich von der Liste genommen (die im März 2019 wiederum aktualisiert und erweitert wurde). Doch auch jenseits der politisch beeinflussten »Shaming-Praxis« bleibt die Frage, ob Namibia eine Steueroase ist oder selbst ein Opfer, nicht zuletzt der Anmaßung der EU, einseitig Forderungen zu stellen und Fristen zu setzen. Gewiss hat Namibia wenig mit dem Geschäftsmodell »klassischer« Insel-Steuerparadiese gemein. Doch gleichzeitig unterhält das an Bodenschätzen überaus reiche Land einige steuerbefreite Sonderwirtschaftszonen für Minenbetreiber – und erhält so nur 1,2 Prozent an Steuern aus dem Abbau von Diamanten, Uran und Gold. Inwieweit Namibia also durch undurchsichtige Offshore-Geschäfte benachteiligt wird und gleichzeitig hohe Regierungskreise durch eigenes Steuer-Dumping profitieren, wird im Folgenden näher beleuchtet.

Daniel Düster

Die Geschäfte der Söhne

Die Paradise und Panama Papers offenbaren haarsträubende Verbindungen der namibischen Wirtschaft zu Offshore-Geschäften und zur Mafia. Hauptprotagonisten sind die Söhne eines Mafia-Chefs, eines Rennfahrers und eines Präsidenten. Auch mit von der Partie: ein russischer Oligarch, der mit dubiosen Landdeals von sich reden machte.



Weithin bekannt: Sam Nujoma. Foto: Hans Peters / Anefo / wikimedia / CC0 1.0

Jedes Kind in Namibia kennt Sam Nujoma. Der heute fast 90-jährige war Anführer der Swapo im Unabhängigkeitskampf gegen die Apartheid, nach der Unabhängigkeit Namibias seit Februar 1990 Staatsgründer und 15 Jahre lang Präsident des Landes. Heute schmücken Statuen von Nujoma das Land und seine Porträts die Amtsstuben. Seine Partei, die Swapo, ist auch fast 30 Jahre nach der Unab-

einflussreich. Sein Ältester, Utoni Nujoma, sitzt bereits seit 14 Jahren ununterbrochen im Kabinett. Nach der letzten Amtszeit des Vaters wurde er 2005 Vize-Justizminister, später dann Außenminister, Justizminister und seit Geingobs Amtsantritt 2015 ist er Minister für Landreform. Sein jüngster Bruder Zacharias Nujoma, genannt Zacky, hingegen hat in Deutschland Geologie studiert und ist heute Geschäftsmann, der sich auf Bodenschätze spezialisiert hat, insbesondere Diamanten und Uran. Und das mit besten Kontakten im Land und zweifelhaften Freunden aus Übersee.

Auf Grundlage der Panama Papers berichteten schon 2016 Reporter des International Consortium of Investigative Journalists über Zackys Verbindungen zur sizilianischen Cosa Nostra. Anscheinend war er der perfekte Türöffner für die Mafia, um ihre Diamanten-Geschäfte in Namibia betreiben zu können. Vorbei an der Steuer und ohne Rücksicht auf die Umwelt und die Rechte und Gesundheit von Arbeitern.

Mafia-Boss Palazzolo und Rennfahrer Agusta

Bereits Vito Roberto Palazzolo, Kopf des berüchtigten Mafia-Clans Cosa Nostra, wusste um die Einträglichkeit des illegalen Diamantengeschäfts. Die durch die Panama



Vito Roberto Palazzolo bei seiner Verhaftung in Thailand

hängigkeit Alleinherrscherin im Parlament und stellt den Präsidenten, Hage Geingob. Doch auch seine Söhne sind



Papers berühmt gewordene panamaische Anwaltskanzlei Mossack Fonseca schirmte die Geschäfte des Cosa Nostra von namibischen, südafrikanischen und italienischen Behörden ab, indem sie Strohfirmen auf den Britischen Jungferninseln verwendete.

1986 floh Palazzolo vor der Strafverfolgung nach Südafrika und das Apartheid-Regime gewährte ihm großzügigerweise die Staatsbürgerschaft im – nur formell unabhängigen – Bantustan Ciskei. Hier änderte er seinen Namen in »Robert von Palace Kolbatschenko« und gab sich als deutscher Adelspross aus. Er verbrachte fast 20 Jahre in Südafrika und zog erst 2006, als er wieder einmal den Atem der Justiz im Nacken spürte, nach Namibia. In beiden Ländern konnte der sprachbegabte und weltgewandte Palazzolo nützliche Kontakte knüpfen, die ihm und seiner Familie bei diversen Geschäftsideen hilfreich sein sollten.

2012 konnte Palazzolo, inzwischen von Interpol gesucht, endlich in Thailand gefasst werden und verbüßt seither eine Haftstrafe unter verschärften Bedingungen in Italien. Doch das Familiengeschäft floriert weiter prächtig, denn auch Mafiosi haben Kinder und gute Freunde, die sich gerne um die Angelegenheiten kümmern.

Eine innige Männerfreundschaft verband lange Jahre den italienischen Rennfahrer, Graf Riccardo Agusta, mit Vito Palazzolo. Der erst 2018 verstorbene »Rocky« Agusta war eine schillernde Persönlichkeit: Rennstallbesitzer, Motorsport-Ikone, Winzer und Unternehmer, entstammte er einer adligen Industriellen-Familie. Sein Großvater war der berühmte Flugzeugpionier Giovanni Agusta und die Familie hat einige Geschichten über rätselhafte Todesfälle und Erbstreitigkeiten hervorgebracht. In den 80er-Jahren zog es Graf Agusta nach Südafrika, wo er seine Söhne großzog – und Landsmann Palazzolo kennenlernte. Gemeinsam waren sie in zahlreiche Geschäfte verwickelt und Palazzolo alias Kolbatschenko wurde so etwas wie der Privatbankier der Familie Agusta. So verwundert es nicht, dass zwei ihrer Söhne in die Fußstapfen der Väter treten und nun selbst gemeinsam Geschäfte machen.

Diamanten und Uran-Geschäfte

Peter von Palace Kolbatschenko wurde als Peter Palazzolo in Deutschland geboren, doch änderte er wie der

Vater in Südafrika seinen Nachnamen. Rockys Sohn Giovanni Agusta, benannt nach seinem flugzeugbauenden Urgroßvater, war mit Peter also seit Jugendjahren bekannt. Ge-

meinsam tauchen die beiden heute als Hauptanteilseigner einer Firma namens Diamond Ocean Enterprises Limited auf. Ihren Sitz hat die Strohfirma auf den Britischen Jungferninseln in der Karibik. Diamonds Ocean besaß 90 Prozent der Anteile an zwei heute aufgelösten Firmen, Avila Investments und Marbella Investments. Interessanterweise gehörten diese beiden Firmen zuvor niemand anderem als Präsidentensohn Zacharias Nujoma, der sie 2005 sozusagen »von der Stange« erworben hatte.

Durch seine ausgezeichneten Kontakte erhielt »Zacky« für seine Firmen bald die in Namibia erforderlichen Lizenzen zum Kauf und Schliff von Diamanten. Kurz darauf verkaufte er die meisten Anteile (und damit auch die Lizenzen) an Diamond Ocean, die Firma eines alten Bekannten und Geschäftspartners – Peter Kolbatschenko, Sohn von Vito Palazzolo. Mit dessen Vater war Zacky Nujoma auch vorher geschäftlich verbunden. Obwohl Zacky beteuerte, sie seien bloß Freunde gewesen und er habe von den Mafia-Verbindungen nichts gewusst, haben

Diamond Ocean Enterprises Ltd.

Zu den Anteilseignern der Diamond Ocean Enterprises Ltd. zählen Peter Kolbatschenko, Giovanni Agusta und Wolf-Peter Berthold. Wolf-Peter Berthold ist ein deutscher Banker mit Wohnsitz in Hongkong. Er gründete 1996 das Unternehmen Deutsche Investment Corporation auf den Bahamas und registrierte es in Hongkong. Er ist ein früherer Mitarbeiter der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, allerdings gibt es keinen Beweis für eine direkte Zusammenarbeit zwischen der Deutsche Investment Corporation und der Deutschen Bank. Die Deutsche Investment Corporation hat mindestens sieben weitere Firmen auf den britischen Jungferninseln gegründet: Die Diamond Ocean Enterprises Ltd., Deutsche Investments Consultants (Asia) Ltd., Benway international Ltd., Gold Enterprises Ltd., Goldfield International Ltd., Silver Group Ltd. und Natural Earth International Ltd.

die beiden nachweislich gemeinsam ein Unternehmen geführt. Diese Firma, Nu Diamonds, war lange Zeit eines von nur 12 Unternehmen, die Genehmigungen für den Diamantenhandel in Namibia besitzen; erst 2018 wurde ihr die Lizenz entzogen.

Ähnlich verfuhr man mit Uran, einem weiteren Exportgut Namibias. Schon 2006 gründete das jüngste der Nujoma-Kinder das Unternehmen Ancash Investments, zynischerweise als »Black Empowerment«-Firma. Schon bald erhielt die junge Firma sieben exklusive Lizenzen zur Uranförderung aus dem Ministerium für Energie und Bergbau. Ebenfalls am Kabinetttisch saß damals der Vize-Justizminister Utoni Nujoma, Zackys Bruder. Im September des gleichen Jahres erhielt Ancash einen Vorschuss von 10 Millionen US-Dollar als »finanzielle Hilfe« zur Förderung von Schürfrechten.

Nun sind diese Verbindungen keine Neuigkeit mehr, sie sind seit Jahren bekannt. Doch falls man annahm, dies seien Einzelfälle von Korruption in der Präsidentenfamilie, wird man von den Panama Papers eines besseren belehrt.

Landreform ... oder doch nicht?

Auch Zackys Bruder, Utoni Nujoma, muss sich aktuell seinen Kritikern stellen. Seit 2015 ist er Minister für Landreform und damit betraut, die ererbte enorme Ungleichheit der Bodenverteilung, die 1990 über 50 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Namibias in den Händen der weißen Minderheit konzentrierte, auszugleichen. Am 28. September 2018 aber erlaubte die Regierung dem russischen Milliardär Rashid Sardarov, Land zu kaufen, es dem Staat zu spenden und für 99 Jahre zu pachten. Die-

ses Geschäft platzte mitten in die aktuelle Debatte um die Landreform in Namibia und löste dementsprechend große Empörung in der Öffentlichkeit aus. Denn in der ersten Oktoberwoche 2018 veranstaltete die namibische Regierung die zweite Landkonferenz und hielt im Abschlusspapier fest, kein Land solle an ausländische Staatsangehörige vergeben werden. Eine Farce?

Sardarov, der auch in den Panama Papers auftaucht, besitzt bereits seit etwa sieben Jahren 28 Hektar Land im Südosten von Windhoek nahe Dordabis. Hier liegt seine Marula Game Ranch und bietet für wohlhabende Touristen mit 28.000 Hektar Land eine »ultimative Freizeit- und Safarierfahrung«, so heißt es auf der Homepage der Ranch. Vier umliegende Farmen hat Sardarov über seine Firma Comsar Properties SA mit Sitz in der Schweiz nun hinzugewonnen: die Farmen Reinhof, Kameelbook, Smaldeel und Wolfsgrund liegen auf 17.000 Hektar Land, was einer Fläche von etwa 14.000 Fußballfeldern entspricht. Im Urkundenbüro des Landreformministeriums liegt bestätigt, dass der Wildjagdliebhaber 43 Millionen Namibia-Dollar an die Farmer zahlte, das Land dann der Regierung spendete und nun für eine Dauer von 99 Jahren für 160.000 N-Dollar pro Jahr pachtete.

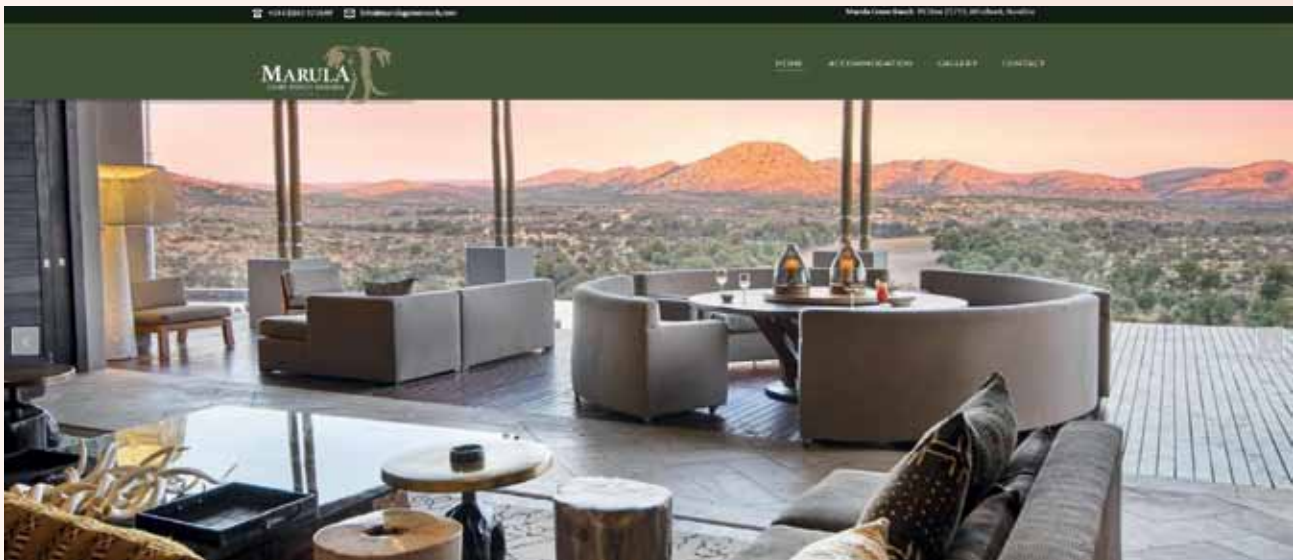
Für Kritiker ist dieses Vorgehen eine Form des modernen Landgrabbing, viele kritisieren die inkonsequente Haltung der Regierung hinsichtlich der Landverteilung. Sardarovs Anwalt in Namibia, Sisa Namandje, weist alle Vorwürfe als unhaltbar zurück. Die Regierung habe sich allein aufgrund »massiver entwicklungspolitischer und wirtschaftlicher Vorteile sowie vielfältiger Beschäftigungsmöglichkeiten« für das Angebot entschieden. Auch der Minister für Landreform, Utoni Nujoma, hebt hervor, besonders der Tourismus, Naturschutz und die Wirt-

Mossack-Fonseca-Klient Henner Diekmann

Henner Diekmann, ein namibischer Anwalt, ist ebenfalls in die Offshore-Geschäfte verstrickt. Auch er soll Kontakte zu Vito Palazzolo gehabt haben, über das Unternehmen Komsberg Farming, das dem inhaftierten Mafioso damals geholfen hat, seinen Reichtum zu verschleiern. »Ich weise Ihre Anschuldigungen zurück, mit aller Verachtung, die sie verdienen«, so Diekmann auf Nachfrage.

Auch Diekmann war bis Oktober 2015 Klient bei Mossack Fonseca. Die Zusammenarbeit begann 2008, als Diekmann sich auf Empfehlung von Wolf-Peter Berthold an die Kanzlei wandte. Beide haben mindestens drei gemeinsame Unternehmen, entweder als Anteilseigner oder als Direktoren. So gründete Berthold 2008 eine Firma namens Regent Holdings auf den Seychellen, deren Leitung im Dezember 2012 auf Diekmann übertragen wurde. Als Gesellschafter ist ebenfalls ein gewisser Diekmann Trust mit Sitz in Hongkong geführt. 2007 gründete er die Gold Enterprise Ltd., ebenfalls auf den Seychellen. Die Firma wurde 2012 an eine kanadische Firma namens Forsys Metal Corp. verkauft, die ebenfalls mit Palazzolo Geschäfte gemacht hatte.

Doch selbst Mossack Fonseca wollte nicht mehr als Registrierungskanzlei fungieren, als Gold Enterprise Ltd keine genaueren Angaben über ihre Eigner machen wollten.



Online-Werbung für die Marula Game Ranch des Milliardärs Rashid Sardarov. Screenshot: issa

schaft würden dadurch gefördert. Er beruft sich dabei auf den Paragraphen 58 des Agricultural (Commercial) Land Reform Act von 1995, der keinem Ausländer ohne Zustimmung des Ministers gestattet, Land zu kaufen. Wie die Regierung verlauten ließ, sei das Land aber direkt in Regierungsbesitz übergegangen und diese habe somit vollkommen rechtens gehandelt.

Öffentliche Empörung

Doch kurz nach Bekanntwerden dieser Entscheidung tauchten weitere Vorwürfe auf. Medien und die Opposition, insbesondere das Affirmative Repositioning Movement (AP), veröffentlichten eine Urkunde mit Utoni Nujomas Unterschrift, die belege, dass die Regierung das Land nicht etwa als Spende erhalten, sondern Sardarov mit öffentlichen Geldern abgekauft habe.

Die Regierung wies den Vorwurf zurück. In einem Pressestatement vom 23. Oktober 2018 von Nujoma heißt es, das gekaufte Land von Comsar Properties SA sei der Regierung gespendet und nicht verkauft worden. Nie habe die Regierung öffentlichen Gelder für den Kauf der Farmen verwendet und Nujomas Unterschrift auf der vorliegenden Urkunde sei gefälscht. Die Farmen wären direkt als Eigentum der Regierung registriert worden. Doch es blieb nicht bei diesem Vorwurf.

Ein Dokument von Mai 2018, das dem Kabinettsausschuss unter Vorsitz des namibischen Präsidenten Hage Geingob vorgelegt wurde, bescheinigte, der russische Oligarch Sardarov habe ursprünglich 207 Millionen N-Dollar an die privaten Farmbesitzer für das Land zahlen wollen.

Außerdem habe er eine Spende von 24 Mio. N-Dollar an die Regierung angekündigt, mit der unter anderem das Ministerium für Landreform, die namibische Fußballliga, Schulen und Farmer unterstützt werden sollten. Warum sind nun nur 43 Millionen N-Dollar im Urkundenbüro des Landreformministeriums registriert? Sollten so Steuerzahlungen umgangen werden?

Die oppositionelle Partei Popular Democratic Movement (PDM) kündigte an, vor den Obersten Gerichtshof zu treten, und Affirmative Repositioning (AR) will sich an die Anti-Korruptions-Kommission wenden. Denn manches an diesem Geschäft mutet merkwürdig an.

Ein breit verstricktes Netzwerk

Sardarov ist kein Unbekannter. Taucht man tiefer ein in Sardarovs Biografie, findet man Verbindungen zu wichtigen Personen in Wirtschaft und Politik. Als Vorsitzender der South-Ural Industrial Company (SUIC) mit Sitz in Moskau und der Comsar Energy Group in Bosnien und Herzegowina gilt er als besonders versiert im Energie-, Immobilien-, Luftfahrt, Tourismus-, Wildtier- und Jagdgeschäft und werde als einer der »freundlichsten Russen im Land« beschrieben, so berichtet die Tageszeitung The Namibian.

Sein Name taucht auch in den Daten der Panama und Paradise Papers auf. Bereits im Jahr 2000 wurde Sardarov Kunde bei Mossack Fonseca, als er Primavera Trading SA kaufte. Das Unternehmen ist in Namibia nicht als Besitzer von Sardarovs Land gemeldet, hat als Investitionsfirma aber auch das Ziel, »Grundstücke, Gebäude und Immo-

bilien in allen Zweigen zu kaufen, zu besitzen, zu halten, zu vermieten, zu verkaufen und zu entwickeln und Fortschritte bei der Sicherung von Grundstücken oder Häusern oder anderen Grundstücken oder Zinsen zu machen.« Von außen ist es bisher kaum möglich nachzuvollziehen, ob es Verbindungen zwischen der Offshore-Firma und Comsar Properties SA gibt.

Was zu Sardarovs Geschäften allerdings bekannt ist: 50 Prozent der Anteile von Primavera Trading SA wurden



Sardarov entspannt sich bei der Großwildjagd

im Dezember 2013 an die Solidarity Alliance Foundation weitergegeben, die Sardarov zu vollen Teilen besitzt und die wiederum mit 60 weiteren Offshore-Unternehmen vernetzt ist. Er bekam die Anteile dann, so die geleakten Daten, zwei Jahre später im Dezember 2015 direkt ausgezahlt, berichtete The Namibian's Investigative Unit gemeinsam mit dem African Network of Centres for Investigative Reporting.

Im Mai 2015 soll Sardarov außerdem zwei Strohmänner als Direktoren für Primavera eingesetzt haben: José Jaime Melendez and Lizet Moreno, die unter anderem unternehmerische Beziehungen zum syrischen Machthaber Baschar al-Assad besitzen, so das Recherchenetzwerk.

Unregelmäßigkeiten im Tierschutz

Einen Monat nachdem das Geschäft zwischen dem russischen Milliardär und der namibischen Regierung an die Öffentlichkeit gelangt war, wurden weitere Vorwürfe laut. So soll es Unregelmäßigkeiten auf den Farmen gegeben haben, berichtet The Namibian. In einem Brief an Igor Rybakov, dem Direktor der Luxusranch, beklagt ein

Farmerehepaar, Wildtiere seien verschwunden und mit Milzbrand infizierte Nashörnern vergraben worden. Das ist höchst problematisch, denn die Erreger können viele Jahrzehnte unter der Erde überleben und weiterer Tiere infizieren. Bei getöteten Tieren seien zudem die Hörner entwendet worden, berichten die Farmer. Sie vermuten zudem, dass das Naturschutzzertifikat illegal erworben wurde. Auch gibt es Zweifel, ob die Tiere wirklich aus dem südafrikanischen Kruger-Nationalpark kämen, da sie keine Erkennungsmarke besäßen.

Da sie zunächst keine Antwort auf ihr erstes Schreiben erhielten, richteten beide Farmer ein zweites an Sardarov selbst, da sie vermuteten, dass er von all diesen Unregelmäßigkeiten von seinen Mitarbeitern nicht in Kenntnis gesetzt worden sei. Ein laufendes Verfahren vor dem Arbeitsgericht gegen Sardarovs Unternehmen soll diese Unklarheiten nun aufklären.

Doch all das hält weitere Planungen nicht auf. Ende November 2018 wurde bekannt, dass die internationale Hotelkette Habitas gemeinsam mit Comsar Properties SA ihr erstes Hotel in Afrika plant. In Namibia. Auf Sadarovs Land.

Hannah Würbel und Daniel Düster

Quellen:

Giulio Rubino/Cecilia Anesi: Africa: is Cosa Nostra, 16.4.2017 aus: African Network of Centers for Investigative Reporting (ANCIR), Mafia In Africa, How the Mafia Infiltrates the African Economy

<https://mafiainafrica.investigativecenters.org/2015/04/16/africa-is-cosa-nostra.html>

ANCIR, Russian billionaire's Namibian land purchases linked to offshore company, #PanamaPapers, How The Elite Hide Their Wealth

<https://panamapapers.investigativecenters.org/namibia-russia-land/>

Shinovene Immanuel, Russian buys four farms, The Namibian, 18.10.2018

<https://www.namibian.com.na/182402/archive-read/Russian-buys-four-farms>

Shinovene Immanuel, President silent on Russian farms deal, The Namibian, 3.12.2018

<https://www.namibian.com.na/183732/archive-read/President-silent-on-Russian-farms-deal>

Entwicklungshilfe für Steuerparadiese



Airdone / Dreamstime.com

Die Bundesregierung spielt sich auf internationaler Ebene gerne als Vorreiter im Kampf gegen Steuerhinterziehung und für transparente Finanzmärkte auf. Gleichzeitig aber wickelt die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG einen großen Teil ihrer Geschäfte über sogenannte Offshore-Finanzplätze ab. Eine staatseigene Entwicklungsbank unterstützt damit die fragwürdigen Geschäftspraktiken von Mauritius, Kaimaninseln und Co.- und das im Namen der Entwicklungszusammenarbeit?

In zwei Kleinen Anfragen (Bundestagsdrucksachen 19/1508 und 19/2826) haben Eva-Maria Schreiber, Obfrau im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, und der finanzpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Fabio de Masi, die Bundesregierung gefragt, wie sie dieses Vorgehen rechtfertigt.

Die DEG hat den Auftrag, Entwicklung durch die Förderung von Privatinvestitionen zu unterstützen. Dazu vergibt sie Kredite an Unternehmen, oder beteiligt sich an Unternehmen oder Fonds, die in Entwicklungsländern tätig sind. Aus den Antworten der Bundesregierung auf die kleinen Anfragen geht jedoch hervor, dass 60 Prozent dieser Beteiligungen in Offshore-Finanzplätzen geparkt sind. Fast ein Drittel stellen mit insgesamt 70 von 232 Beteiligungen die notorischen Steueroasen Kaimaninseln und Mauritius. Die Bundesregierung rechtfertigt

diese Geschäftspraxis lapidar: Investitionen sind besser als keine Investitionen. Und Viele seien eben nur bereit, in Entwicklungsländer zu investieren, wenn diese Finanzierungen über Offshore-Finanzplätze laufen. Denn nur dort, so die Bundesregierung, bekämen sie die nötige Rechtssicherheit.

Allerdings kann die Bundesregierung den entwicklungspolitischen Erfolg dieser Investitionen nicht belegen. In ihren Antworten auf die kleinen Anfragen will sie weder verraten, in welche Länder und Projekte die Gelder aus der Offshore-Beteiligungen der DEG fließen, noch, welche Steuern bei diesen Investitionen anfallen. Dies ist umso erstaunlicher, da die DEG den Erfolg ihrer Arbeit ansonsten im Wesentlichen anhand des erhöhten Steueraufkommens in Entwicklungsländern misst.

Wenn die Bundesregierung in ihren Antworten also viele Antworten schuldig bleibt, so zeigen die Antworten zugleich, wie stark die DEG ihre Offshore-Aktivitäten in den letzten 10 Jahren ausgeweitet hat:

- Insgesamt ist Ende 2017 nahezu eine Milliarde Euro Beteiligungen in Offshore-Finanzzentren geflossen. Dieses Volumen hat sich seit Ende 2008 verachtfacht.
- Die Anzahl der Offshore-Finanzzentren, in denen die DEG Beteiligungen hält, hat sich zwischen 2008 und 2017 von 12 auf 19 erhöht, darunter nun außer den Kaimaninseln und Mauritius auch Bermuda, die Britischen Jungferninseln, Guernsey, Jersey, Luxemburg, Malta und Panama - die Creme de la Creme der weltweiten Schattenfinanzplätze.

Diese Expansion kennt nur einen sicheren Gewinner: Die Steuerparadiese selbst. Denn die DEG unterstützt somit ein Geschäftsmodell, das auf Verschleierung und Steuerhinterziehung aufbaut - und dem die Bundesregierung eigentlich den Kampf angesagt hat. DIE LINKE fordert seit langem, die Arbeit der DEG transparenter zu machen sowie deren Tätigkeiten in Offshore-Finanzplätzen einzustellen.

Dieser Artikel erschien am 22.08.2018 als Nachricht auf Linksfraktion.de

Investmentfonds übernehmen Entwicklungspolitik

Der AATIF-Fonds als Entwicklungsfinanzierung für die Agrarindustrie in Sambia



Gewächshaus in Sambia. Foto: Djembe / Dreamstime.com

Sowohl die UN-Entwicklungskonferenz in Addis Abeba 2015 als auch die nachfolgend beschlossenen nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen setzen auf die verstärkte Einbeziehung der Privatwirtschaft in die Entwicklungsfinanzierung. Auch die G20-Staaten begrüßten bei ihrem Treffen in Hangzhou, China, 2016 ausdrücklich die Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit, »private Ressourcen einzuwerben«.

Dies beinhaltet Öffentlich-Private Partnerschaften (engl. Public Private Partnerships, PPPs), die auch in Deutschland sehr kontrovers diskutiert werden. Aber auch die Nutzung von Finanzintermediären, also Banken oder Fonds, denen Gelder zu weiteren Vergabe überlassen werden, oder Mischfinanzierungsinstrumente (engl. blending facilities) sind solche »innovativen Finanzierungsmechanismen«. Bei letzterem werden öffentliche und private Gelder eingeworben und diese dann gebündelt weiter investiert.

Eine kritische Auseinandersetzung mit grundsätzlichen, systemischen Problemen bei der Einbindung von Privatwirtschaft und Finanzindustrie in Entwicklungsvorhaben, wie noch vor einigen Jahren üblich, ist weitgehend verschwunden. Risiken werden höchstens auf der Umsetzungs- und Projektebene gesehen, die wiederum durch interne Prüfungsmethoden, unverbindliche Corporate-Governance-Grundsätze und/oder verantwortungsvolle Unternehmensführung in den Griff zu bekommen sind.

Heute hat beispielsweise die Weltbank über ihre International Finance Corporation (IFC) die Förderung privater Investmentfonds massiv ausgebaut. Alleine ihre extra dafür gegründete Tochter, die Asset Management Corporation, verwaltet über 13 Fonds mittlerweile 10,1 Milliarden US-Dollar. Die KfW Entwicklungsbank, eigentlich zuständig für die finanzielle Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen, ist heute an 43 Investmentfonds mit einem Buchwert von 1,6 Milliarden Euro beteiligt. Ganz

aktuell ruft die Bundesregierung einen 1 Milliarde Euro schweren »Entwicklungsinvestitionsfonds« für Afrika ins Leben. Davon sollen 400 Millionen Euro an andere in Afrika tätige Fonds weitergegeben werden (AfricaGrow genannt), weitere 400 Millionen Euro über die Tochter der KfW, die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG, für die Förderung deutscher und europäischer Unternehmen in Afrika bereitgestellt werden (AfricaConnect genannt).

Die DEG wickelt schon heute 55 Prozent ihrer Geschäfte über Finanzintermediäre ab. Und Zahl sowie Volumen der Finanzierung über sogenannte Offshore-Finanzzentren (OFCs) sind in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Alleine im Jahr 2017 förderte die DEG Akteure in diesen Finanzzentren mit 372 Millionen Euro.

Der AATIF-Fonds

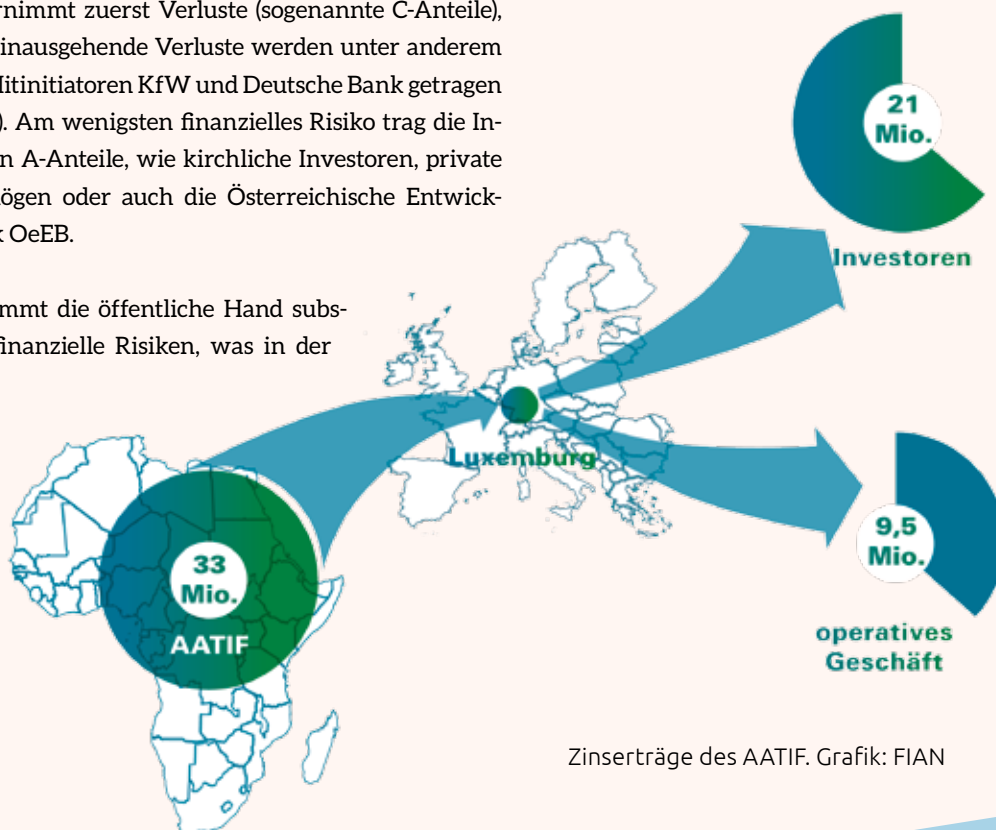
Einer der sogenannten Entwicklungsfonds ist der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) initiierte und zusammen mit der KfW Entwicklungsbank sowie der Deutsche Bank AG 2011 aufgelegte Africa Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF) mit Sitz in Luxemburg. Der AATIF ist ein strukturierter Fonds, der so in Deutschland nicht erlaubt wäre. Gemäß der Strukturierung werden Risiken und mögliche Verluste je nach Beteiligungstyp getragen. Der Staat übernimmt zuerst Verluste (sogenannte C-Anteile), darüber hinausgehende Verluste werden unter anderem von den Mitinitiatoren KfW und Deutsche Bank getragen (B-Anteile). Am wenigsten finanzielles Risiko trag die Investoren in A-Anteile, wie kirchliche Investoren, private Großvermögen oder auch die Österreichische Entwicklungsbank OeEB.

So übernimmt die öffentliche Hand substanzielle finanzielle Risiken, was in der

Logik des AATIF (und vieler ähnlich strukturierter Fonds) zusätzliche private Investoren anlocken soll. Diese Strategie des Einwerbens zusätzlicher Privatinvestitionen ist sieben Jahre nach Auflage des Fonds mit etwa 15 Millionen USD (ca. 11 Prozent des Gesamtvolumens von ca. 190 Mio. USD) allerdings nur dürftig gelungen. Mehr als doppelt so viel Geld, 33 Millionen USD, ist in diesem Zeitraum hingegen als Zinsen nach Europa überwiesen (Abb. 1). Diese Gelder fehlen vor Ort, wo der Fonds laut Auftrag die wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Armen ankurbeln soll.

Mit den Zahlen konfrontiert erklärt die KfW, dass FIAN eine »unvollständige und verzerrte Zahlenanalyse mit einem Informationsgehalt gegen Null« präsentieren würde. Dabei wurden die Zahlen wie auch die zentralen Aussagen vor der Veröffentlichung KfW und BMZ zur Kommentierung zugeschickt. Daraufhin gab es nur die Rückmeldung, dass die Zahlen wohl stimmen würden. Kritik an der Analyse wurde nicht geäußert.

Aber in der Tat fehlen wichtige Informationen, die für eine entwicklungspolitische Bewertung wichtig wären. Dazu zählt die Frage, wo die vom AATIF-finanzierten Firmen welche Steuern zahlen. Dies wäre deswegen von Bedeutung, da von den 140 Millionen USD an vergebenen Krediten (stand AATIF Jahresbericht 2015/16) 79 Prozent



Zinserträge des AATIF. Grafik: FIAN



Gemeindeversammlung in Kasambamyambi bespricht Landkonflikt. Foto: FIAN

an Firmen vergeben wurden, die aus OFCs agieren oder kontrolliert werden.

Allerdings liegen solche Steuerinformationen anscheinend der KfW selbst nicht vor. So erklärte der Vorsitzende des AATIF in einem TV-Beitrag von 2016, dass er nicht beantworten könne, ob der vom AATIF seit 2011 finanzierte Agrarinvestor Agrivision mit Sitz auf Mauritius und Großfarmen in Sambia seine Körperschaftssteuer in Sambia oder auf Mauritius zahle – eine entwicklungspolitisch sehr wichtige Information.

Investition in Sambia

Im Jahr 2011 hat der Fonds dem Finanzinvestor Agrivision Africa (damals Chayton Africa) mit Sitz auf Mauritius einen Kredit über 10 Millionen USD gegeben. Damit sollte die Expansion der Tochterfirma Agrivision Zambia (damals Chobe Agrivision) in Sambia finanziert werden. Im Oktober 2016 wurde der 5-Jahres-Kredit um weitere fünf Jahre bis 2021 verlängert.

Aktuell besitzt Agrivision 19.219 Hektar Land in Sambia und baut vor allem Soja, aber auch Weizen und Mais im industriellen Stil an, was unter anderem an der Johannesburger Börse verkauft wird. Agrivision profitiert von einem Investitionsschutz und -fördervertrag, der Exportrechte von bis zu 80 Prozent der Produktion sichert.

Der AATIF hebt in seinem ersten Bericht zur Investition in Agrivision folgende lokale entwicklungspolitische Wirkungen hervor:

1. Verbesserung des lokalen Arbeitsangebotes
2. Beschäftigungsprogramm zur Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeiter/innen
3. Trainingsprogramme für benachbarte Kleinbäuer/innen
4. Verbesserung der Wohnsituation von Arbeiter/innen und Malariaenschutz
5. Anbindung der Kinder von Farmarbeiter/innen an die lokale Schule

Keine Jobs in Sicht

Was ist diesbezüglich geschehen? Aus Platzgründen wird sich hier auf den ersten Punkt, die Verbesserung des Arbeitsangebotes, konzentriert. 2009 erklärte der Investor, 1.639 Arbeitsplätze zu schaffen. Laut Jahresbericht 2016/17 hat Agrivision auf den Farmen insgesamt lediglich 338 Arbeiterinnen und Arbeiter mit Jahresverträgen beschäftigt. Die im September 2018 veröffentlichte Zusammenfassung einer Wirkungsanalyse zur Investition hält fest:

»...Agrivision Sambia [konnte] den ursprünglichen Erwartungen an die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht gerecht werden. Die aktuellen Zahlen sind nur einen relativ geringen Anstieg im Verhältnis zur Kapitalintensität der Investition. Eine der Auswirkungen dieser Investition ist der Schritt in Richtung höher qualifizierter und produktiverer Arbeitskräfte. Dies spiegelt ähnliche Entwicklungen wie anderswo wider. [...] Die Vertragslaufzeit hat sich von zwei Jahren auf ein Jahr reduziert. Gratifikationszahlungen am Vertragsende sind gesunken mit negativen Auswirkungen auf die finanzielle Sicherheit der Haushalte und die Fähigkeit, Kredite aufzunehmen.«



Vertreter des AATIF ergänzten im Entwicklungsausschuss des Bundestages im Juni 2012, dass Arbeitsplätze für arme Menschen auch über Vertragslandwirtschaft geschaffen würden. Noch 2016 ist ein solches Kleinbauernprogramm, das mit zusätzlichen Mitteln des BMZ unterstützt werden sollte, laut AATIF-Berichten in Planung. Diese Aktivität ist jedoch aus den Berichten völlig verschwunden. Von einer direkten und auch indirekten positiven Beschäftigungswirkung, die als zentrale Armutswirkung hervorgehoben wurde, kann demnach keine Rede sein.

Laut AATIF wurde der staatliche Mindestlohn an Angestellte sowie Gelegenheitsarbeiter/innen gezahlt. Gelegenheitsarbeiter/innen in Mkushi berichten jedoch in Interviews von Bezahlung weit unter dem Mindestlohn. Für das Sammeln eines 50-Kilo-Sackes herbizidresistenter Wild-Nüsse bekommen sie umgerechnet fünf Cent. Und bei einem Besuch des Vize-Arbeitsministers auf der Farm Somawhe im Jahr 2014 forderte dieser das Farm-Management drei Jahre nach Finanzierung durch den AATIF auf, Mindestlöhne zu bezahlen.

Schwelende Landkonflikte

Bei mehreren der Agrivision-Farmen schwelen zudem Landkonflikte zwischen lokalen Gemeinden und der kommerziellen Farm. Die kleinbäuerliche Gemeinde Kasambamyambi lebt im westlichen Randgebiet der 12.000 Hektar großen Farm Somawhe im Distrikt Mpongwe. Bei der Investitionsbehörde 2014 vorgelegte Expansionspläne, die praktisch die Vertreibung der gesamten Gemeinde bedeuteten hätten, wurden auf Drängen von FIAN re-

vidiert. Gemeindemitglieder berichten, dass sie kurz vor der Übernahme durch Agrivision von ihrem Land, das weiter innerhalb der heutigen Farm lag, gewaltsam vertrieben wurden. Eigentum, wie Häuser oder eine Maismühle, wurde ohne Entschädigung zerstört. Zudem haben Gemeindemitglieder Ackerland an die Farm verloren, welches näher als 100 Meter an eine die Farm durchquerende Straße lag. Die Gemeinde fordert seit Jahren eine offizielle Grenzziehung und die Vergabe eines eigenen Landtitels, um nicht der Willkür des Investors ausgesetzt zu sein und langfristige Sicherheit zu schaffen. »Wir haben keine Sicherheit, dass wir hier leben dürfen«, erklärt ein Gemeindeglied. Nach Intervention von FIAN auf Basis der Bitte der Gemeinde hatte der AATIF mit dem Farmmanagement die Übertragung formaler Landrechte bis zum Sommer 2016 vereinbart. Dies ist bis heute (Stand AATIF Quartalsbericht 4/2018) nicht geschehen.

Gemeindeversammlung in Kasambamyambi bespricht Landkonflikt

Seit Mitte der 1980er-Jahre lebt die Gemeinde Ngambwa auf einem kleinen Streifen entlang der Eisenbahntrasse zwischen Großfarmen von Agrivision. Die Gemeinde nutzte das Land unter anderem zum Anbau von Nahrungsmitteln, die für ihre Existenz lebensnotwendig sind. Im Juli 2016 berichteten die Gemeindemitglieder, dass ihnen seit einigen Monaten von Agrivision verboten wurde, das wenige Ackerland um ihre Häuser zu bewirtschaften. Eine Bewohnerin erklärt: »Das Land wurde uns weggenommen. Nun ist es schwierig an Essen zu kommen. Wir wollen den Boden bewirtschaften, damit unsere Kinder satt werden und nicht stehen gehen.«

Dorfbewohnerin aus Ngambwa auf ehemaligem Gemeindeland

Ihnen wurde zusätzlich angedroht, dass alle selbst errichteten Häuser zerstört würden und alle das Land zu verlassen haben. Eine angebotene Alternativfläche sei unakzeptabel, da dort kein Ackerland, keine Häuser und kein



Dorfbewohnerin aus Ngambwa auf ehemaligem Gemeindeland. Foto: FIAN

Wasser zur Verfügung stehe. Das gesamte Vorgehen verletzt menschenrechtliche Mindeststandards in Bezug auf Zugang zu Land und Umsiedlungen. Durch den Verlust des Ackerlandes wurde der Gemeinde eine grundlegende Möglichkeit genommen, sich zu ernähren, und damit ihr Recht auf Nahrung verletzt.

Öffentlich finanzierte Unternehmensverantwortung

Eine der dargestellten Positiventwicklungen war der verbesserte Malaria-Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter durch die Verteilung von Moskitonetzen. Dies wurde in den Jahresberichten des AATIF bis 2017 berichtet. Laut Jahresbericht 2018 wurde dann die Verteilung gestoppt mit der Begründung, dass Agrivision keine Netze mehr von der Regierung zur Verfügung gestellt bekommt.

Auch die renovierte und ausgebauten lokale Katuba-Schule sowie der Kauf eines Schulbusses gehören zu den hervor-

gehobenen positiven Effekten der Finanzierung. Jedoch wurden Schule und Bus durch etwa 300.000 Euro zusätzliche Gelder des BMZ und des norwegischen Entwicklungsfonds Norfund realisiert. Dieses sicherlich sinnvolle Projekt hätte natürlich auch ohne die 10 Millionen Euro Finanzierung des Agrarinvestors durchgeführt werden können. Dies in einen Wirkungszusammenhang zu stellen, ist daher nicht haltbar. Dem gegenüber ist der seit 2015 geplante Posten eines Umwelt- und Sozialmanagers, der Agrivision eigenes Geld kosten würde, bis heute nicht besetzt.

Fazit

Die Investition des AATIF in Sambia wirft substanzielle Fragen zur angemessenen Überwachung und Einhaltung menschenrechtlicher Standards wie Land-, Arbeits- und Partizipationsrechte auf. Unsere Erfahrungen mit dem Fonds-eigenen Überprüfungsmechanismus (Compliance Advisor) haben gezeigt, dass konkrete, für die Fonds-eigenen Sicherheitsbestimmungen (Social and Environmental Safeguard Guidelines) relevanten Probleme unbekannt waren und dass sich nach der Konflikthanzeige zu einseitig auf Informationen des »Klienten« – in diesem Falle auf Agrivision – verlassen wird. Teilweise wurden betroffene Gemeinden sogar aktiv aus Gesprächen ausgeschlossen, anstatt sie an Diskussionen zu Lösungsansätzen teilhaben zu lassen.

Ein Kurzbericht zum Besuch des AATIF-Aufsichtsausschusses auf den Farmen am Rande seines Jahrestreffen im September 2018 vermittelt zudem einen immer wieder im Kontext solcher Investitionen aufkommenden Eindruck: Die Verletzung des Rechts auf Nahrung durch den Verlust von Anbaufläche lokaler Gemeinden scheint ein blinder Fleck der Förderung von Investoren zu sein. Bei solchen Konfliktlagen wird sich ausschließlich auf das lokale Privatrecht bezogen und Menschenrechte, die ja gerade die Aufgabe haben, marginalisierte Gruppen vor dem Missbrauch von Macht zu schützen, ignoriert. Dabei wurde jüngst von der Vollversammlung der Vereinten Nationen das Recht auf Land durch die Erklärung zu den Rechten von Bauern und Bäuerinnen deutlich gestärkt.

Insgesamt belegen die Eckzahlen zur Entwicklungsfinanzierung, dass die Finanzindustrie mittlerweile ein bedeutender Akteur geworden ist. Wächst ihre Bedeu-

tung wie geschildert, wird auch von Finanzialisierung gesprochen. Damit verdrängen finanzielle Motive wie Renditeerwartungen oder Steuervermeidung schrittweise entwicklungspolitische Motive. Beispielhaft dafür steht die Erklärung des BMZ zum rasanten Anstieg der DEG-Beteiligungen an Unternehmen in Finanzoasen: Dies sei notwendig, »um sich in einem kompetitiven Marktumfeld behaupten« zu können. Zudem wird die Finanzindustrie durch ihre wachsende Bedeutung auf der Planungs- und Finanzierungsseite zu einem immer einflussreicheren entwicklungspolitischen Akteur, und im Sog des harten Marktumfelds der globalen Finanzindustrie geraten zwangsweise Strategien aus dem Blick der EZ, die erstens wenig Finanzkapital benötigen und zweitens kaum oder keine Rendite versprechen.

Problematisch – und leider von der Entwicklungspolitik nicht angesprochen – sind natürlich auch die erheblichen Finanzrückflüsse. Wie gezeigt, werden substantielle Gewinne aus dem lokalen Kontext extrahiert und kommen internationalen Investoren und sogar der Entwicklungszusammenarbeit zugute. Letztlich führt die kaskadenförmige Finanzierung über verschiedenste Finanzoasen – im Fall von Agrivision über Luxemburg und Mauritius – zu immer weniger Möglichkeiten, menschenrechtliche Rechenschaft von den Beteiligten einzufordern. Und auch dem hat die Wissenschaft einen Namen gegeben: »distancing accountability« – sich von der Verantwortung immer weiter entfernen. Dies trägt sicher nicht dazu bei, dass die Skepsis vieler Menschen gegenüber der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit abnimmt – vor allem, wenn finanzielle Motive wie Renditeerwartungen oder Steuervermeidung schrittweise entwicklungspolitische Motive verdrängen.

Roman Herre, Mai 2019

Der Autor ist Agrarreferent bei der deutschen Sektion der Menschenrechtsorganisation FIAN. In afrika süd Nr. 3/2018 erschien sein Beitrag »Sambia, Problematische Entwicklungsfinanzierung«.

<https://www.afrika-sued.org/ausgaben/heft-3-2018/problematische-entwicklungsfinanzierung/>

Fußnoten

- 1 Kommuniké der Staats- und Regierungschefs der G20, Gipfeltreffen von Hangzhou, 04.-05.09.2016
- 2 Siehe bspw. <https://www.gemeingut.org/>
- 3 <https://www.ifcamc.org/home>
- 4 Siehe bspw. Bundestagsdrucksache 19/6701
- 5 Siehe Bundesdrucksache 19/1508
- 6 Siehe Antwort des BMZ vom 17.11.2014 auf eine Schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Movassat, Drucksache 18/3258
- 7 Siehe Weltsichten, Ausgabe 3/2019
- 8 Die Zahlen beziehen sich auf den Finanzierungsstand laut AATIF Jahresbericht 2015/2016
- 9 Vgl. »AATIF Annual Report 2015/16«, S. 29. Dies ist widersprüchlich zur Aussage von Herrn Duve (KfW sowie Vorsitzender des AATIF-Verwaltungsrats) im Entwicklungsausschuss des Bundestages (14.06.2012), dass bei Hungersituationen der Export gestoppt würde.
- 10 Vgl. »AATIF Annual Report 2011«, S. 14; sowie KfW Pressemitteilung vom 11.02.2012 »Absatzmärkte für Afrika erschließen«
- 11 Vgl. »AATIF Impact Brief 02, Agrivision Zambia Ltd., Zambia«
- 12 Persönliche Interviews am 04.07.2016
- 13 Persönliche Interviews im Juli 2016
- 14 Persönliche Interviews Februar 2014 und Juli 2016. Da der genaue Zeitpunkt des Kaufs der Farm durch Agrivision nicht klar ist (laut MIGA wahrscheinlich im Frühjahr 2012), bleibt unklar, ob alle diese Aktivitäten des Farmmanagements dem Vorbesitzer zuzuschreiben sind. Festzuhalten bleibt, dass das alte Farmmanagement von Agrivision übernommen wurde.
- 15 Dorfbewohnerin im persönlichen Interview, Juli 2016
- 16 Siehe AATIF Annual Report 2017/18, S. 49
- 17 Der Schulbus wurde zudem zum Ärger der Schulleitung nicht der Schule übergeben, sondern Agrivision übertragen.
- 18 Siehe AATIF Annual Report 2017/18, S. 49
- 19 Siehe <https://www.fian.de/artikelansicht/2018-11-20-vereinte-nationen-staerken-menschenrechte-von-kleinbaeuerinnen/>
- 20 Bundesdrucksache 19/1508

